

Drei Fragen an Günther Bachmann



Foto: Noel Tovias Matoff, © Rat für Nachhaltige Entwicklung

Im Herbst 2015 soll eine neue Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 verabschiedet werden. Sehen Sie die Verhandlungen auf UN-Ebene auf einem guten Weg?

Zunächst einmal ist positiv festzuhalten, dass es nach Jahren der faktischen Blockade multilateraler Fortschritts Länder Südamerikas waren, die die Erarbeitung universell gültiger Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) auf die Tagesordnung brachten. Der Zwischenstand der vorgeschlagenen SDGs, das Papier der Offenen Arbeitsgruppe (OWG) vom Juli 2014, enthält

einige ehrgeizige und richtige Ziele. Es ist Deutschlands ureigenes Interesse, diese Verhandlungen erfolgreich zu gestalten. Es muss uns darum gehen, schnellere und wirksamere Wege zur Transformation in Richtung auf nachhaltige Entwicklung zu befördern.

Wesentlicher Unterschied zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) ist, dass der neue Zielkatalog nicht nur für die Entwicklungsländer gilt, sondern für alle Länder. Was bedeutet das für die Industrieländer allgemein? Was für Deutschland?

Dieser Unterschied markiert die Chance eines Umdenkens: Weg vom Fingerzeigen auf den anderen, hin zu gemeinsamen Vorgehen. Das ist dringend nötig. Ob die Chance auch wirklich ergriffen wird, wird wohl wesentlich vom tatsächlichen Umsetzen auf nationaler Ebene abhängen. Für das ›Sustainability – made in Germany‹ heißt das: Stärken stark machen und alles andere Schritt für Schritt verbessern. Deutschland ist zwar gut gerüstet, aber dass das einfach wird, kann man nun nicht gerade sagen. Ein Beispiel: Das biblische Ausmaß an Lebensmittelverschwendung soll bis 2030 mindestens halbiert werden. Das betrifft den Süden genauso wie den Norden. In Deutschland gibt es viele hervorragende Initiativen, die beim Handel, beim Konsumenten, bei der Industrie und auch bei Kultur, Bildung und Kommunikation ansetzen. Aber noch gibt es kein kompatibles nationales Ziel, und es fehlt daran, die vielen Aktionen in insgesamt Zählbares zu überführen. In anderen Bereichen – etwa bei den erneuerbaren Energien – enthält die nationale Nachhaltigkeitsstrategie schon alles, was wir auf nationaler Ebene brauchen: Ziele, Indikatoren, Maßnahmen und Kontrollmechanismen. Insgesamt müssen wir in der nächsten Zeit genau darüber nachdenken, ob und wie wir unsere Institutionen und Verfahren national fortentwickeln müssen, um globalen Anforderungen zu genügen.

Wie kann sichergestellt werden, dass die Nachhaltigkeit bei den Zielen nicht ins Hintertreffen gerät?

Dafür gibt es keine abstrakten Garantien. In der konkreten Politik muss die Nachhaltigkeitsidee ihre Richtigkeit und Qualität immer wieder unter Beweis stellen. Deutschlands nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist seit fünf Bundesregierungen mit vier verschiedenen Farben ein Topthema, das die Aufmerksamkeit und den Einsatz der Spitzen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft immer wieder neu begründet. Ich weiß, dass das klappt nicht überall und nicht immer. Aber ich weiß auch, dass man es überall und immer versuchen muss.

Prof. Dr. Günther Bachmann ist Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung in Berlin. Der Rat hat die Aufgabe, die Bundesregierung bei der Fortentwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten.

gischen Fußabdrucks des globalen Nordens ist ein politisches Tabuthema, das angegangen werden muss. Weil das unbequem ist, gibt es die unausgesprochene Koalition umweltpolitisch rückschrittlicher Industrieländer und vieler Entwicklungsländer, die anspruchsvolle Ziele für Nachhaltigkeit nicht wollen – jedenfalls nicht für sich selbst.

Ausblick

Der Fortgang des Post-2015-Prozesses ist noch nicht abschließend geklärt. Im September 2014 tagte zwar die UN-Generalversammlung, weitreichende Beschlüsse konnten aber nicht gefasst werden – auch weil die Versammlung von Ban Ki-moons Klimagipfel dominiert wurde. Wirklich sicher ist nur, dass im September 2015 ein großer Post-2015-Gipfel stattfinden wird, auf dem die Agenda verabschiedet werden wird. Als ›Fazilitatoren‹ wurden Ende Oktober 2014 David Donoghue aus Irland und Macharia Kamau aus Kenia ernannt, die die Arbeit zu den Modalitäten leiten werden. Letzterer war auch einer der Ko-Vorsitzenden der OWG. Beruhen werden diese Verhandlungen über den Inhalt der Agenda auf dem Synthesebericht des UN-Generalsekretärs. Dieser wird die Ergebnisse des OWG-Berichts, des Berichts der Hochrangigen Gruppe namhafter Persönlichkeiten und des Berichts des Zwischenstaatlichen Sachverständigenausschusses für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung¹² zusammenfassen.

In Bezug auf diesen Synthesebericht und die zwischenstaatlichen Verhandlungen wird zurzeit darüber diskutiert, inwiefern die Ergebnisse des OWG-Berichts eins zu eins übernommen werden oder ob die Staaten weiterverhandeln sollen. Die Meinungen gehen hierzu weit auseinander. Deutschland beispielsweise argumentiert dafür, aufgrund der Sorge, sonst wichtige Errungenschaften wieder zu verlieren, den Zielkatalog der OWG komplett zu übernehmen. Diese Einstellung teilen interessanterweise ebenfalls die G77 und China. Andere Staaten wollen weiterverhandeln, entweder um bestimmte Aspekte zu schwächen, wie im Fall von Großbritannien die Umweltdimension, oder um die Anzahl der Ziele und Unterziele zu verringern, unter dem Vorwand sie dadurch leichter kommunizierbar oder laut neuestem UN-Jargon ›tweetable‹ zu machen. Daher sind viele NGOs vorsichtig, den OWG-Vorschlag zu sehr zu kritisieren, aus Sorge, bei einer Weiterverhandlung mit einem schlechteren Ergebnis herauszukommen. Somit kann der wacklige Konsens durchaus noch aufgeweicht werden.

¹² Report of the Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing, Final Draft, 8.8.2014, <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/4588FINAL%20REPORT%20ICESDF.pdf>